



Antrag Nr. 2

der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern] an die 156. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien.

Keine Gewinnabschöpfung in öffentlichen Unternehmen

In den letzten Jahren ist es „Mode“ geworden, im Rahmen der Gebührenhaushalte (Wasser, Kanal, Müll) Gewinne zu machen und diese in das allgemeine Budget einfließen zu lassen. Als Beispiel: In Fohnsdorf ging man sogar so weit, eine eigene GesmbH zu gründen, an die das Kanalmonopol bis 2022 verpachtet wurde. Die Pacht wurde auf einmal im Voraus bezahlt. Da die GesmbH nicht mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet war, wurde für die Pachtzahlung ein Kredit aufgenommen. Die Rechnung bekommen jetzt die Bürger in Form von Gebührenerhöhungen.

Egal welche Organisationsform der Bereich hat, Gewinnabschöpfungen führen dazu, dass das Geld nicht im Unternehmen bleibt. Investitionen können daher nicht aus eigener Kraft finanziert werden, sondern man muss sich der Banken bedienen. Die Kreditzinsen werden dann den Gebührenzahlern aufgehalst.

Deswegen fordert die Vollversammlung der AK Wien:

Wasser, Kanal, Müll, Strom, Gas, Fernwärme sind wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge und dürfen nicht für Profitmaximierung herangezogen werden. Sie sind gemeinwirtschaftlich zu führen. Überschüsse sind dort zu belassen, um künftige Investitionen mit eigenem Geld finanzieren zu können.

Was alle brauchen, muss allen gehören und solidarisch kostendeckend finanziert werden. Gemeinderat und Wiener Stadtwerke werden aufgefordert, ihr Handeln darauf auszurichten.